

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **Mai 2022**

Liebe Leserinnen und Leser!

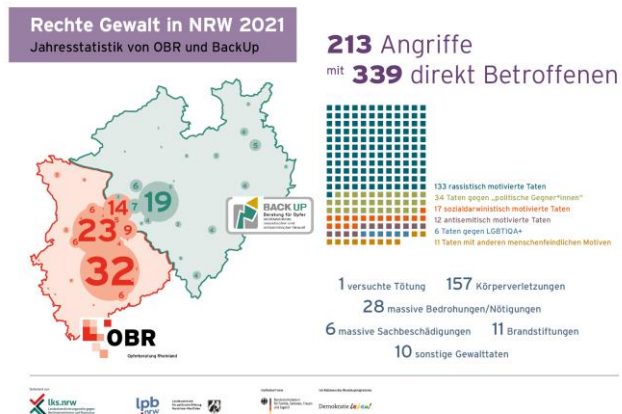
Das Bundesministerium des Innern und für Heimat veröffentlichte am 10.05.2022 eine Pressemitteilung zum Thema „Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland“.

Laut des Ministeriums ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Jahr

2021 erneut deutlich, um über 23 %, angestiegen und befände sich mit 55.048 Delikten auf dem höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2001. Auch die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten sei um 16 % auf 3.889 Delikte angestiegen. „41 % aller Opfer politisch motivierter Gewalttaten wurden 2021 von Rechtsextremisten attackiert. Das zeigt: Der Rechtsextremismus ist die größte extremistische Bedrohung für unsere Demokratie und die größte extremistische Gefahr für Menschen in unserem Land“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Zahlen rechter Gewalt erschreckend. Eine am 05.05.2022 veröffentlichte Jahresstatistik von den Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt, Opferberatung Rheinland und BackUp, zeigt, dass für das Jahr 2021 in NRW insgesamt 213 rechte Gewalttaten mit mindestens 339 direkt betroffenen Menschen registriert wurden. Damit sei ein Anstieg rechter Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 % feststellbar. Rassismus sei mit 62,4 % wie auch in den Vorjahren das am häufigsten erfasste Tatmotiv.

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung brachte am 05.05.2022 eine Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor heraus, in dem es um die Frage geht, wie sich Deutschland mit Rassismus auseinandersetzt. Eines der zentralen Ergebnisse dieser Studie ist, dass rassistische Realitäten den Alltag vieler Menschen in Deutschland beeinflussen und insgesamt zwei Drittel der Bevölkerung schon einmal mit Rassismus in Berührung gekommen sind, sei es durch eigene Erfahrungen, Beobachtungen oder Schilderungen aus dem näheren Umfeld.



Hier ist auch die Politik gefragt, zu handeln. Am 15.05.2022 wurde in NRW der neue Landtag gewählt. Dieser setzt sich in seiner kommenden Amtszeit aus folgenden Parteien zusammen: CDU (76 Sitze), SPD (56 Sitze), GRÜNE (39 Sitze), FDP (12 Sitze) und AfD (12 Sitze). Die demokratischen Parteien müssen gemeinsam zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um Rassismus und Extremismus entschieden entgegenzutreten.

In dieser Ausgabe des Newsletters informieren wir über die aktuelle Situation auf dem Mittelmeer und die Lage in Syrien. Wir beleuchten Europas und Deutschlands unterschiedlichen Umgang mit geflüchteten Menschen und berichten über die Forderung nach menschenwürdigen Sozialleistungen für alle. Des Weiteren werfen wir einen Blick auf die derzeitige Situation schutzsuchender Menschen aus der Ukraine in Nordrhein-Westfalen und stellen ein Bündnis gegen die geplante „Ausreisegewahrsamseinrichtung“ in Düsseldorf vor.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt eine E-Mail an die Adresse newsletter@fnnrw.de. Unter www.fnnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.

Die Situation auf dem Mittelmeer

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex vermeldete in einem Artikel vom 02.05.2022 den Rücktritt von Exekutivdirektor Fabrice Leggeri. Laut Informationen des Spiegels in einem Bericht vom 29.04.2022 habe Leggeri seiner zu erwartenden Abberufung durch den Verwaltungsrat der EU-Grenzschutzagentur zuvorkommen wollen. Seit 2015 hat Leggeri die Agentur geführt. In seiner Amtszeit habe sich Frontex von einer kleinen EU-Behörde zu einer riesigen Organisation entwickelt. Das Budget der Agentur liege derzeit bei mehr als 750 Millionen Euro im Jahr. Nach Recherchen des Spiegels zusammen mit Lighthouse Reports und weiteren Medienpartnerinnen, deren Ergebnisse am 23.10.2020 veröffentlicht wurden, war Frontex in illegale „Pushbacks“ in der Ägäis verstrickt.

Pro Asyl begrüßte in einer Pressemitteilung vom 29.04.2022 das Rücktrittsangebot von Fabrice Leggeri als längst überfälligen Schritt und fordert einen kompletten Umbau der EU-Grenzschutzagentur, parlamentarische Kontrolle sowie einen unabhängigen Kontrollmechanismus, um Menschenrechtsverletzungen zu beobachten und zu ahnden. Notwendig sei ein Gegenentwurf zu Frontex: Eine Allianz für die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen durchsetzt.

Auch in den letzten Wochen und Monaten ist es wieder zu zahlreichen Todesfällen auf den Mittelmeer-Fluchtrouten gekommen. Nach einem Bericht des UNHCR vom 29.04.2022 sind im vergangenen Jahr 1.924 Menschen auf der zentralen und westlichen Mittelmeerroute als tot oder vermisst gemeldet worden. Weitere 1.153 Menschen seien auf der nordwestafrikanischen Seeroute zu den Kanarischen Inseln ums Leben gekommen oder würden vermisst. Im Jahr 2020 seien für beide Routen insgesamt 1.544 Todes- und Vermisstenfälle verzeichnet worden.

SOS Méditerranée twitterte am 27.04.2022, dass das Rettungsschiff „Ocean Viking“ bei zwei Rettungsaktionen am gleichen Tag 131 Flüchtlinge an Bord genommen habe. 72 Männer, Frauen und Kinder seien in der Nacht in Seenot in einem Schlauchboot vor der libyschen Küste entdeckt worden, ohne Rettungswesten und bei drei Meter hohen Wellen. Weitere 59 Flüchtlinge seien am Morgen des 27.04.2022 von einem anderen Schlauchboot gerettet worden. Zusammen mit bei vorhergehenden Rettungsaktionen aufgenommenen Menschen seien damit inzwischen insgesamt 295 Gerettete an Bord, darunter 132 unbegleitete Minderjährige.

Die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ schilderte in einem Tweet vom 12.05.2022, dass sie innerhalb von drei Tagen 470 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet habe. Zum wiederholten Male hätten die maltesischen Behörden nicht eingegriffen und die Seenotretterinnen unterstützt.

Der Spiegel berichtete am 14.05.2022, dass die tunesische Marine ein überfülltes Boot mit 81 Flüchtlingen etwa sechs Kilometer vor der tunesischen Küste abgefangen und die geretteten Menschen an Land gebracht habe, wo sie der tunesischen Nationalgarde übergeben werden sollten.

Die zivilgesellschaftliche Gruppierung „Seebrücke“ verkündete in einem Artikel vom 23.04.2022, dass in diesem Jahr bereits über 500 Menschen im Mittelmeer ertrunken seien.

Die Lage in Syrien

In Syrien ist die Situation weiterhin katastrophal und dramatisch. In einem Artikel appellierte der UNHCR am 16.03.2022 an die Welt, die wachsenden Nöte der vertriebenen Syrerinnen innerhalb und außerhalb des Landes nicht zu vergessen. Mehr als 13 Millionen Menschen seien entweder aus dem Land geflohen oder innerhalb der Landesgrenzen vertrieben worden. Besonders schlimm sei die Lage für syrische Flüchtlinge im Libanon, dort lebten mehr als 90 %

von ihnen in extremer Armut. Mehr als 6,9 Millionen Menschen seien immer noch innerhalb des Landes auf der Flucht.

14,6 Millionen Menschen benötigten humanitäre und andere Hilfe, beispielsweise eine sichere Unterkunft. Viele hätten nach wie vor Schwierigkeiten beim Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung. 2021 hätten drei Viertel aller Haushalte im Land angegeben, dass sie ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. Das seien 10 % mehr als im Jahr 2020.

Laut UNHCR brauchen die humanitären Organisationen in Syrien angesichts des wachsenden Bedarfs dringend Gelder, um ihre Arbeit im Land zu verstärken. Allein UNHCR benötige 465,2 Millionen US-Dollar für seine Arbeit in Syrien im Jahr 2022. Bislang habe er jedoch nur etwa 7 % davon zur Verfügung. Ein entscheidender Moment sei die Geberinnenkonferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“.

Die Tagesschau meldete am 10.05.2022, dass die Europäische Union mehr als zweieinhalb Milliarden Euro zusätzlich an Hilfe für Betroffene des syrischen Bürgerkriegs zur Verfügung stelle. Der Außenbeauftragte Josep Borrell habe bei der Geberinnenkonferenz in Brüssel angekündigt, dass die EU-Kommission für 2022 einen Betrag von einer Milliarde Euro zusätzlich zu den bereits zugesagten 560 Millionen Euro für das laufende Jahr bereitstellen will. Für 2023 habe Borrell weitere 1,56 Milliarden Euro versprochen. Die Hilfe soll Menschen in Syrien sowie Flüchtlingen in den Nachbarländern und deren Gastgeberinnen zugutekommen. Der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Tobias Lindner, habe den Anteil von Deutschland auf 1,053 Milliarden Euro beziffert.

Das internationale katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ warnte in einem Bericht vom 04.04.2022 davor, dass der seit elf Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerät. Die nach wie vor geltenden Sanktionen trügen zur Verschlimmerung der Lage bei, sagte die Projektdirektorin von „Kirche in Not“, Regina Lynch. „Es herrscht eine hohe Inflation, die Menschen können sich keine Medikamente mehr leisten, keine Operation, keine Milch für die Kinder. Sogar diejenigen, die Verwandte im Ausland haben, können wegen des Bankembargos kein Geld bekommen.“ Die Handelsbeschränkungen träfen besonders die armen Menschen.

Das Kinderhilfswerk „Save the Children“ berichtete in einem Artikel vom 15.03.2022, dass insgesamt 6,5 Millionen Kinder in ganz Syrien derzeit auf humanitäre Hilfe angewiesen seien. 2,5 Millionen Mädchen und Jungen würden nicht zur Schule gehen und fast 800.000 Kinder

seien unterernährt. „Die Gewalt muss beendet werden, um ein sicheres Umfeld für Kinder zu schaffen. Die internationale Gemeinschaft muss Mittel aufstocken und lebensrettende Hilfsgüter und Leistungen bereitstellen. Menschen, die aus Syrien geflohen sind, müssen nach internationalem Recht geschützt werden. Die Kinder in Syrien verdienen eine Zukunft“, sagte Sonia Khush, Leiterin der Nothilfeinsätze von „Save the Children“ in Syrien.

Europas und Deutschlands unterschiedlicher Umgang mit geflüchteten Menschen

Am 11.04.2022 veröffentlichte Pro Asyl einen Artikel, in dem es um die vergleichsweise unproblematische Aufnahme der geflüchteten Ukrainerinnen seitens der Europäischen Union geht. Die Anwendung der sogenannten „Richtlinie über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes“, die von der Europäischen Union am 03.03.2022 aktiviert wurde, sorgt dafür, dass ukrainische Flüchtlinge sich ihr Zufluchtland aussuchen dürfen, schnell ein Aufenthaltsrecht erhalten und die Möglichkeit bekommen, eine Arbeit aufzunehmen. Pro Asyl kritisiert den großen Unterschied, der von der EU zwischen geflüchteten Menschen aus der Ukraine und anderen Flüchtlingen, beispielsweise aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan oder dem Irak gemacht werde und verweist unter anderem auf die Menschen, die an der polnisch-belarussischen Grenze brutal zurückgedrängt, illegal abgeschoben und misshandelt würden oder die Menschen, die weiterhin in den griechischen Lagern feststeckten.

Das Migazin berichtete am 28.04.2022 über die Integrationsministerinnenkonferenz 2022, die vom 27. – 28.04.2022 in Hamburg tagte. Die Konferenzvorsitzende, Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Leonhard, habe eingeräumt, dass es auch in Deutschland zwischen Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Ländern „eine gewisse Ungleichheit“ gebe. Menschen aus der Ukraine hätten per Gesetz einen einfacheren Zugang zum Gesundheitssystem, Sozialleistungen und dem Arbeitsmarkt. Ziel müsse es daher sein, die sehr langen Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge zu beschleunigen.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 07.04.2022 fordern die Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl, dass nicht nur ukrainische Flüchtlinge, sondern auch geflüchtete Menschen aus anderen Ländern ins Sozialhilfesystem integriert werden. Auf der Ministerpräsidentinnenkonferenz am gleichen Tag wurde entschieden, dass die ukrainischen Flüchtlinge ab dem 01.06.2022 Grundsicherungsleistungen erhalten. Pro Asyl und die Landesflüchtlingsräte unterstützen dies, fordern aber, alle Menschen sozialrechtlich gleich zu behandeln, denn der verfassungsrechtlich garantierte Schutz der Menschenwürde gelte für alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Eine damit in

Zusammenhang stehende Forderung ist die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG).

NRW und die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge

Die Zeit informierte in einem Artikel vom 22.04.2022 über die Zahl der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Nordrhein-Westfalen. Nach Angaben des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen seien mehr als 120.000 ukrainische Menschen in NRW angekommen. Dies gehe aus einem Schreiben von Minister Joachim Stamp an Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen hervor.

In den Landeseinrichtungen seien bisher gut 11.400 zusätzliche Plätze geschaffen worden. Damit habe man etwa 28.800 Plätze zur Verfügung, Ziel seien rund 60.000 „aktive“ Plätze. Schwierig sei die Aufnahme von neu ankommenden Flüchtlingskindern in Kitas wegen immenser Personalengpässe. Deshalb sollten Personen, die in der Ukraine in der Kinderbetreuung tätig waren, eine schnelle Berufsankennung erhalten. Bei der Registrierung habe man die Kapazitäten ausgebaut, unter anderem mit einer Neuordnung in Form von fünf „Registrierungsstraßen“ mit jeweils elf Registrierungsstationen. Bevor das Land Flüchtlinge an die Kommunen zuweist, sollen sie in einer Landeseinrichtung registriert werden.

Das MKFFI aktualisierte am 06.05.2022 sein Informationspapier zum Themenkomplex Ukraine, in dem unter anderem die wichtigsten Fragen zur aufenthaltsrechtlichen Situation, zur Erwerbstätigkeit und zur finanziellen Unterstützung beantwortet und Hinweise zum Aufnahmeverfahren gegeben werden.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen teilte in einer Pressemitteilung vom 14.04.2022 mit, dass die vom Bund beschlossenen Gelder für Flüchtlingskosten, davon sind für NRW 430 Millionen Euro vorgesehen, an die Kommunen weitergeben werden sollen. Drei Viertel des Geldes (323 Millionen Euro) sollen pauschal an die Kommunen weitergeleitet werden. Die verbleibenden 108 Millionen Euro sollen für eine „belastungsbezogene, gezielte Förderung der Kommunen in gesonderten Bereichen verwendet werden“.

In einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 02.05.2022 mahnt der Flüchtlingsrat NRW Verbesserungen bei der Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge an. Geschäftsführerin Birgit

Naujoks bemängelt, dass viele Flüchtlinge "immer noch sehr notdürftig untergebracht" seien, zum Beispiel "in voll belegten Unterkünften und in Notunterkünften". Außerdem gäbe es teilweise Schwierigkeiten bei der privaten Unterbringung im eigenen Haushalt.

Bündnis gegen geplante Ausreisegewahrsamseinrichtung in Düsseldorf

Das Bündnis „Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall“ hat sich am 05.04.2022 in einer Pressemitteilung gegen den vom Land NRW und der Stadt Düsseldorf geplanten Bau einer „Ausreisegewahrsamseinrichtung“ am Düsseldorfer Flughafen ausgesprochen. Der Neubau mit insgesamt 25 Plätzen solle das bundesweit größte Abschiebungsgefängnis in Büren ergänzen und durch seine unmittelbare Nähe zum zweitgrößten Abschiebungsflughafen Deutschlands in Düsseldorf Rückführungen von Flüchtlingen erleichtern.

Das Bündnis, das sich aus verschiedenen lokalen und überregionalen Organisationen in NRW gegründet hat, lehnt die Einrichtung eines weiteren Abschiebungsgefängnisses entschieden ab und fordert die Landesregierung sowie alle bei der Landtagswahl antretenden demokratischen Parteien auf, Abstand von dessen Planungen zu nehmen. Die aktuell „autoritäre und repressive Abschiebungspolitik“ müsse einer „Politik des Willkommens und des Bleibens“ weichen. Der Flüchtlingsrat NRW unterstützt das neu gegründete Bündnis und die im Rahmen der Pressemitteilung formulierten Forderungen.

Das Bündnis hat Wahlprüfsteine an die Parteien zu den Thema Abschiebungen, Abschiebehaft und konkret zur geplanten "Ausreisegewahrsamseinrichtung" in Düsseldorf geschickt. Die Antworten hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. zusammengestellt und auf seiner Website am 05.05.2022 veröffentlicht.

In einem Antrag der Düsseldorfer Ratsfraktion DIE LINKE vom 10.03.2022 wurde gefordert, ein städtisches Grundstück für einen Abschiebegefängnis nicht zur Verfügung zu stellen. Auch Grundstücke städtischer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sollen dafür nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Rat soll die städtischen Vertreterinnen in den Aufsichtsgremien dieser Gesellschaften, insbesondere der Flughafen Düsseldorf GmbH, auffordern, sich gegen die Grundstücksvergabe für einen Abschiebungsgefängnis einzusetzen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Termine

Online-Vortrag, 18.05.2022: Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe: "'Social Policy Practice' als Interventionsmöglichkeit gegen Diskriminierung? Kritische Fragen an die Soziale Arbeit mit Geflüchteten", 18:00 – 20:00 Uhr. Anmeldung unter beschwerdestelle@evh-bochum.de.

Online-Workshop, 19.05.2022: Institut für Kirche und Gesellschaft: "Interaktive Online-Veranstaltungen – digitale Arbeit mit Gruppen abwechslungsreich gestalten", 16:30 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Veranstaltung, 19.05.2022: Arbeitskreis Balkan von pax christi Aachen: "Der westliche Balkan heute: Zu welchem Europa gehört der westliche Balkan?", 18:00 Uhr. Weitere Informationen [hier](#).

Lesung, 19.05.2022: Integrationsagentur der AWO Unterbezirk Dortmund: "Das neue Wir - Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen", 18:00 – 19:30 Uhr im BunkerPlus in Dortmund. Anmeldung unter j.wenzel@awo-dortmund.de.

Fortbildung, 20.05.2022: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: "Ressourcenstärkung – Jede*r ist ein Genie!", 10:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Helferinnenseminar, 20.05.2022 – 22.05.2022: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.: "Verbraucherschutz für Geflüchtete: Hilfe und Gefahren im Alltag", Freitag von 17:00 Uhr bis Sonntag um 15:00 Uhr in Düsseldorf. Zum [Programm](#) und zum [Anmeldeformular](#).

Workshop, 21.05.2022: Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf (PSZ) und Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit (IDA NRW): "Ein Austauschraum zur rassismuskritischen Reflexion von ehrenamtlicher Begleitung und Unterstützung im Kontext Flucht", 09:30 – 14:00 Uhr in Düsseldorf. Anmeldung unter schajan@psz-duesseldorf.de.

Einführungsworkshop, 21.05.2022: Melanchthon-Akademie des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region: "Rassismus gegen Rom:nja und Sinti:ze erkennen und entgegenwirken!", 10:00 – 14:00 Uhr in Köln. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Hybrid-Vortrag, 01.06.2022: Forum Politik-Kultur-Bildung & Forum Postmigrantische Perspektiven: "Solidarität im Kontext von Flucht und Migration", ab 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Zugangsdaten [hier](#).

Online-Kurzschulung, 08.06.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Argumentation gegen Vorurteile gegen Flüchtlinge", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Migrationspolitischer Abend, 08.06.2022: Flüchtlingshilfe Velbert und Projekt Deutsch Lernen e.V.: "Sind Ukrainer Geflüchtete erster Klasse? Gerechte Ungerechtigkeit? ... oder ... Wie rassistisch ist das deutsche Rechtssystem?", 18:00 Uhr in Velbert. Weitere Informationen [hier](#).

Mitgliederversammlung, 09.06.2022: Flüchtlingsrat NRW: 13:30 – 18:00 Uhr in Bochum. Informationen zur Tagesordnung [hier](#).

Online-Fortbildung, 10.06.2022: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: "Begleitung von Frauen mit Fluchthintergrund - Einblicke in die Traumatheorie und Handlungsmöglichkeiten", 10:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Helferinnenseminar, 10.06.2022 – 12.06.2022: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.: "Kompetenztraining: Zielgerichtet argumentieren – öffentliches Vertreten der Anliegen von Geflüchteten", Freitag von 17:00 Uhr bis Sonntag um 15:00 Uhr in Bonn. Zum [Programm](#) und zum [Anmeldeformular](#).

Online-Austausch, 14.06.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Angebote für geflüchtete Frauen konzipieren", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Hybrid-Vortrag, 15.06.2022: Forum Politik-Kultur-Bildung & Forum Postmigrantische Perspektiven: "Migrantischer Feminismus in der Frauenbewegung in Deutschland", ab 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Zugangsdaten [hier](#).

Abschlussstagung, 20.06.2022: LWL-Koordinationsstelle Sucht: "Flucht-bewegt-Suchthilfe", 10:00 – 16:30 Uhr in Münster. Zum [Programm](#) und zum [Anmeldeformular](#).

Fachveranstaltung, 20.06.2022: Universität Siegen in Kooperation mit dem Zentrum für

Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen (ZPE): "Fluchtursachen und Flüchtlingsschutz", 13:00 – 17:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Transfer- und Abschlusstagung, 20.06.2022 – 21.06.2022: Verbundprojekt der Universität zu Köln und der Leuphana Universität Lüneburg: "Bildungsteilhabe Geflüchteter im Kontext digitalisierter Bildungsarrangements", Montag von 13:00 Uhr bis Dienstag um 12:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Austausch, 21.06.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Abschiebungen", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 22.06.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Ehrenamtliche Lernförderung für geflüchtete Schülerinnen", 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Hybrid-Vortrag, 22.06.2022: Forum Politik-Kultur-Bildung & Forum Postmigrantische Perspektiven: "Kuratieren jenseits der kolonialen Matrix der Macht? Die documenta und ihre kuratorischen Modelle", ab 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Zugangsdaten [hier](#).

Workshop, 23.06.2022: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: "Geflüchtete Frauen* und Migrantinnen* zwischen Ausgrenzung und Anerkennung - Unterstützung und Stärkung geflüchteter Frauen* und Migrantinnen*" 10:00 – 17:00 Uhr in Essen. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Hybrid-Vortrag, 29.06.2022: Forum Politik-Kultur-Bildung & Forum Postmigrantische Perspektiven: "Inclusive Citizenship Education und imperiale Lebensweise", ab 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Zugangsdaten [hier](#).